

Die Deutsche Zeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 210. für Unhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe
Donnerstag, 6. Mai 1909.
Gesellschaftliche in Halle a. S.: Verlagsstraße 87, Hirtensberg.
Telefon 158; Redaktion: Postfach 111, Hirtensberg.
Druckerei: Dr. Walter Schenckelberg in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Die Rede des Grafen Bernstorff. Der deutsche Vorkämpfer Graf Bernstorff hielt Mittwoch nachmittag auf dem zweiten nationalen Friedenskongress in Chicago eine Ansprache, worin er u. a. ausführte:
„Die Regierung kann mit den Absichten dieses Kongresses am besten als seine Hauptaufgabe, öffentliche Stimmung zu machen für die Organisation einer internationalen Gesellschaft zur Förderung der friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen zu betrachten. Der Vorkämpfer beleuchtete sodann diese beiden Fragen von deutschen Gesichtspunkten aus und erinnerte zunächst daran, daß die deutsche Regierung sich zum Aufschluß von einzelnen Schiedsgerichtsverträgen bereit gezeigt habe, wenn sie auch den Wunsch eines allgemeinen obligatorischen Schiedsgerichtes für auschließlos habe. Das Ausländische Amt habe seit Jahren die Gewohnheit, politische Streitigkeiten der schiedsgerichtlichen Regelung zuzuführen und habe dies bezüglich der Casablanca-Frage getan, obwohl diese nach dem Willen der Nationen betrachte, so habe der Reichstag in seinen Reichstagsreden wiederholt darauf hingewiesen, daß eine solche Einschränkung der Justiz nicht wünschenswert sei, daß es aber schwer halte, eine praktische Lösung der Frage zu finden, und daß die deutschen Vorkämpfer, begleitet durch ein allgemein bekanntes Gesetz, keinen anderen Zweck als den der nationalen Verteidigung haben. So werde Deutschland beispielsweise im Jahre 1912 nur zehn Zwangsverträge und drei Arbitralurteile haben und nicht weniger als fünfundsiebzig, wie man irrtümlich behauptet habe. Von der Notwendigkeit einer starken Wahrung aber sei Deutschland durch die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte überzeugt worden. Seine bewaffnete Macht gelte nur der Erhaltung des Friedens. Eine jüngst an den Tag der Balkankrise bei der ganze Macht Deutschlands in der Wagnis des Friedens geworfen worden, und damit seien alle kriegerischen Absichten, wo solche bestanden hätten, gestoben.“

Das Kaiserpaar auf Korsu. Der Kaiser und die Kaiserin machten Mittwoch vormittag einen Spaziergang. Der Wetter ist unbedeutend.

Das Kaiserpaar und Fürst Wilow in Wien. Nach der Meldung eines Berliner Blattes aus Wien werden in der Hofburg nicht bloß die Wohnapartements für das deutsche Kaiserpaar, sondern auch für ein großes Gefolge in Anspruch genommen. Auch Reichsfürst Wilow wird in Wien erwartet.

Wird Wilow demissionieren? Die von einer Berliner Korrespondenz gebrochene Meldung, Fürst Wilow beabsichtige zu demissionieren, falls bei Pringlingen nicht eine Klärung der finanzpolitischen Lage in der Richtung der Grundlinien seiner Politik erfolge, findet dem „A.“ zufolge auf zutreffender Stelle keine Bestätigung. Bekannt sei nur, Wilow stelle den Gedanken eines Austritts ernstlich in Erwägung, falls ein Zustandekommen der Finanzreform definitiv auschließlos werden sollte.

Der deutsche Vorkämpfer v. Zagow ist Mittwoch nachmittag in Rom angekommen.

Ein neues Gutachten über die Diamantminen in Liberia. Auf Grund der vor einigen Monaten vom Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums abgegebenen Erläuterungen, wonach die neuen Diamantvorkommen bei Überbucht eine Jahresproduktion von etwa 12 Millionen Karat erwarten ließen, beschloß die Regierung mehrere Diamantgruben in Johannesburg, denen die Regierung die Diamantminen in Liberia gegenüberstellen wollte. Gegenüber der jährlich etwa 4 Millionen Karat betragenden Ausbeute in Westafrika, die fast den gesamten Weltmarkt deckt, fallen die für das deutsche Gebiet erwarteten Mengen nur als ein Tropfen in den Ozean der Weltproduktion. Die neuen Vorkommen erschöpfen sich demnach bei der Überbucht mit einer neuen Durchforschung des Diamantgebietes bei Überbucht, die von ihm zu Beginn dieses Jahres beschloß. Den geologischen Teil seiner Untersuchungen stellt Werners nunmehr in der Zeitschrift für praktische Geologie mit. Seiner Ansicht nach liegt die primäre Lagerstätte, aus der die gefundenen Steine stammen, im Meer, und sie würde sich in der Stredegebiet befinden. Das Meer hätte dann die Steine abtransportiert und in subaquar Wasser wiederum abgesetzt. In den verschiedenen Schichten findet sich der Diamant nicht in absonderlichen Mengen. Doch ist unter dem Einfluß des Meeres aus den Witterungsprodukten dieser Schichten ein Konzentrat entstanden, das den Wäusen löst. Werners ist der Ansicht, daß alle bisher aufgefundenen Vorkommen zusammen einen Betrag von 12 Millionen Karat liefern können, was die Hälfte der Produktion in Überbucht darstellt. Die weitere Produktion der Weltmarktes wird die Rede nicht mehr. Werners ist der Ansicht, daß die Möglichkeit zu erkennen, daß noch neue Funde gemacht werden, wobei zunächst das Sinterland der Lage der Wäusen in Betracht kommt. Dieser würde durch alle anderen Lagerstätten in Betracht kommen. Für die Statistik

Die neue Ansicht des Diamantvorkommen von Überbucht. Seine Gutachten über die Überbucht Vorkommen ist jedoch im Ganzen nicht unangefochten geblieben. Es lag von der Geologischen Anstalt in Berlin erklärt im Hinblick auf jene Ausführungen, daß es zwar die Überbucht Lagerstätten in der Hinsicht auch als ältere Lagerstätten anerkennend, jedoch Werners Ansicht nicht zu teilen vermöge, wonach das Lagerstättengebiet der Diamanten jetzt im Meer liegt, d. h. daß in der älteren Stredegebiet westlich der jetzigen Lagerstättenlinie ein Feldland existiert habe, worin keinerlei andere Lagerstätten existieren. Er nimmt vielmehr an, daß die Diamanten ebenso wie die mit ihnen zusammen vorkommenden Metalle aus dem Orange-Fluß stammen, worin ihre Lagerstätte liegt. Auch die Annahme, daß jedes Jahresförderung von 250 000 Karat die Lagerstätten erschöpfen würden, hält Werners nicht aufrecht, da bei Werners Theorie aus dem Diamantgebiet erst ein Viertel des Jahresförderung zwischen Überbucht und Orange-Fluß fließen würde. Die Wäusen aus neuerer Zeit verdrängen einen viel höheren Betrag. Die Verdrängung der Diamanten und das Sinken des Meeres dürfte wohl durch staatliche Maßnahmen abgemindert werden können.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetentag.
80. Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.
Am Ministerisch: Weyer, 8. Apte.
Die Eingeladene des Kultusministeriums wird beim Kapitel höhere Lehren anfallen

Abg. Betschlow (fr. Wg.) wünscht Ausgestaltung des Programmgesetzes zu Tremen in eine Vollanfall.

Abg. Wangel (nll.) fordert eine Oberrechnungskammer für die die erste Kammer eigentlich schon 1908 erwartet worden sei. (Gesamtamt Zimmern, 10. Wg.)

Abg. Meiner-Hübner (nll.) dankt für die ständliche Übernahme des Gymnasiums in Löben und erbittet erhöhte Aufwendungen für das Gymnasium in Angermünde.

Abg. Schmedding (Zent.) erbat um Bewilligung von Staatsmitteln für die Erhaltung des künstlerisch und historisch wertvollen Barockaltars in der Seifenkirche zu Gosfeld, die dem Gottesdienst der katholischen wie der evangelischen Schule diene.

Abg. Dr. von Jagow (Folk.) unterstützt die vom Abg. Betschlow vorgeschlagene Forderung wegen Umwandlung des Tremen-Programmgesetzes in eine Vollanfall. **Abg. Gieshoff (fr. Wg.)** bringt nochmals den Offener Fall zur Sprache. Er teilt mit, daß der Artikel „Der bessere Gymnasial“ zurückgehe. Dieser Artikel bringe zwar einiges Nützliche, aber im übrigen stroge er von hohen Liebertheorien und Entstellungen, daß er nicht unüberprüfbar bleiben dürfe. (Lebhaftes Zustimmung.) Der Redner vertritt eine Reihe von Sätzen aus dem Artikel, bezieht diese auf eine schwere Erwähnung des schwebenden Lehrerstandes und fordert, um solchen grundlosen Angriffen vorzubeugen, von der Regierung erschwärte Auskunft über die Angelegenheit.

Unterstaatssekretär Weyer: Wir sind bereit, in der nächsten Zeit näher Auskunft zu geben. Gegenüber der Darstellung im „Det. Tagblatt“ kann ich nur erklären, daß wir in der Unterrichtsverwaltung „bessere Gymnasialen“ überhaupt nicht kennen. (Beifall.)

Abg. Gieshoff (Zent.) wendet sich gegen die geistige Kritik des Abg. Dr. Weyer an seinen Darlegungen über den Offener Fall, wird aber unter anderem Heiterkeit des Hauses mehrmals vom Präsidenten unterbrochen und zur Ruhe gerufen.

Abg. Dr. Weyer (nll.) verweist darauf, daß er bereits geäußert erklärt habe; Wenn wirklich an dem Offener Fall etwas Wahres gewesen wäre, so würde die Regierung darum gewußt haben.

Abg. Gieshoff (fr. Wg.) wünscht eine weitere höhere Lehren anfallen für Reichsland, über die schon jetzt längerer Zeit Verhandlungen zwischen Staat und Stadt kämpfen.

Abg. Dr. Frieders (nll.) schließt sich dem an.

Abg. v. Schenkendorf (nll.) fragt nach dem Schicksal seines vorjährigen, vom Minister Hofge nollwollend aufgenommenen Antrages auf Vermehrung der Pflichtstunden für Lehrerbildungen in freier Luft. Diese Verbesserungen dürften aber nicht auf Kosten des Turnunterrichtes eingetrieben werden. Der obligatorische Spielnachmittag ist unentbehrlich, neben der Turnpflicht müssen wir auch eine Spielpflicht einführen.

Gesamtamt Küste: Wir sind alle darin einig, daß die Jugend in freier Luft sich möglichst viel bewegt. Ein höchst erfreuliche Anfang ist hier in Berlin und den Vororten gemacht. Diefem Anfang muß eine definitive Regelung später folgen.

Abg. Schmedding (Zent.) stellt ebenfalls für eine größere Pflege körperlicher Übungen in den Schulen vor.

Wirtschaftsminister Dr. Schwanitz: Wir stimmen den Ausführungen der Redner durchaus zu. Wir haben aber auf dem Gebiet des Turnunterrichtes. 1890 war das Turnen noch ganz verboten, jetzt haben wir durch die letzte Reform sogar die dritte Turnjahre erhalten. Wörtlich ist allerdings eine weitere Förderung des Turnunterrichtes in den Schulen geschehen, wiewohl schon allein die Zahl der über 1000 25 akademisch verbriefte Turnlehrer hat, 1909 über 275. Im Vordergrund steht jetzt die Einrichtung obligatorischer Spielstunde. Die Idee eines obligatorischen Spielnachmittages in der Woche ist gewiß sehr schön, aber sie würde entweder eine Vermehrung der Pflichtstundenzahl herbeiführen oder aber eine Vermehrung der

anderen Stundenzahl. Wir jetzt haben wir uns aus diesen Gründen nicht dahin entscheiden, den obligatorischen Spielnachmittag einzuführen, sondern werden abwarten, wohin die Entwicklung führt. (Beifall.)

Abg. Gieshoff (fr. Wg.) Die Einführung eines obligatorischen Spielnachmittages erweist sich als unbedingt notwendig. **Abg. Dr. Wäcker-Berger (fr. Wg.)** tritt Mittel aus dem Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen, damit es möglich ist, in größerem Maße Gymnasien vorzunehmen, die sich nicht auf einen Nachmittag beschränken, sondern auch mehrere Tage dauern könnten.

Das Kapitel wird nach den Anträgen der Kommission genehmigt.

Elementarstellen.

Beim Kapitel
Jeden mit zur Verfügung ein Antrag des Abg. Gieshoff (nll.) auf Zulassung der Lehrer zum Schöpfung, ein Antrag des Abgeordneten Dr. Gieshoff-Sothen (nll.) auf gleiche Regelung der Schulpflicht und die Anträge der Abg. v. Brandenburger u. Wierl (nll.), sowie der Abg. Gieshoff (fr. Wg.) und Dr. Roghnie (fr. Wg.) auf härtere Bestimmungen von weiblichen Lehrkräfte für den Elementarunterricht und auf Vermehrung der Lehrerinneneminare. Zur Begründung seines Antrages vertritt

Abg. Gieshoff (nll.) auf die verschiedene Regelung der Schulpflicht in den einzelnen Provinzen, der seit 14. Lebensjahr die Ende der Schulpflicht, dort die Konfirmation. Ebenso unterschiedlich sind die Straf- und Ermahnungsmöglichkeiten gegenüber den Eltern. Auch über die Folgen der unangeforderten Schulbesuch, die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, den Kreis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und des Strafverfahren müssen einheitliche Bestimmungen getroffen werden.

Ein Regierungskommissionar: Der Regelung der weiblichen Materie stehen noch große Schwierigkeiten entgegen. Würden die Parteien ihre Fragen beiseite lassen, die direkt nicht hierbei gehen, so würde die Regierung gern mit einer Vorlage kommen. **Abg. v. Brandenburger (nll.)** Wie leben unter einem gleichmäßigen Lehrerangel. Auf der anderen Seite sehen wir Tausende von Lehrern und Heißigen Mädchen, die sich nach selbstständiger Lebensführung sehnen. Man muß nach geeigneten Beruf. Zur Erziehung der Mädchen von 6 bis 14 Jahren ist niemand geeigneter als die Lehrerin. (Beifall.) Von den 1700 Lehrern auf dem Lande sind 1413 katholisch, für katholische Mädchen besteht eine bessere Gelegenheit zur Erziehung des Lehrberufes; bestehen doch weit mehr katholische Lehrerinneneminare als evangelische. Wenig angebracht ist es, schon jetzt Lehrinnen auf dem Lande zu verdrängen, noch bevor man Lehrer hat. In den katholischen Bezirken hat man es besser gemacht, die Mädchen zum Dienst für die Volksschulen heranzuziehen. Selbst es im Osten, Einrichtungen zu schaffen, bei denen ein Übergang von der Zöglinge zur Präparandenanstalt möglich ist, so wird manche Töchter von Bauern, Förstern und Kleinrentnern zum Lehrberuf werden. Die Lehrerinneneminare sind nicht teuer als die Lehrermänner. In den Großstädten ist bereits das richtige Verhältnis zwischen Lehrern und Lehrerinnen hergestellt. In Berlin ist das Verhältnis, selbst wenn man die Sonderlehrerinnen außer Betracht läßt, 3 zu 1. Der freiwillige Antrag muß eine „ausreichende“ Heranziehung von Lehrerinnen, soll also unfern Sonntag offenbar abzuwenden. Ich bitte, unferne davon auszugehen. (Beifall.)

Regierungskommissionar Gehmeint Altmann vertritt auf die beiden im Etat neu erscheinenden Lehrerinneneminare. Die Lehrerinneneminare haben sich in den letzten Jahren sehr vermehrt. In der Verwendung von Lehrerinnen sind die Städte oft schon zu weit gegangen. Es muß der richtige Mittelweg gesucht werden. Auf dem Lande darf die Zahl der Lehrerinnen nicht zu groß werden, aber es muß angemessene Unterhalt für die Lehrerinnen vorhanden sein. Die Unterrichtsverwaltung wird tun, was ihr möglich ist. Aber sie kann nicht ständig mit einer ungeheuren Vermehrung der Lehrerinnen befehlen.

Abg. v. Wierl (nll.): Es wird also auch in Zukunft nichts Durchgreifendes geschehen. Das in der Kultusministerie wird schnell wider verbesse. Umso mehr bitte man sich vor fortgesetzter Vermehrung der Unterrichtsleiter. N. m. mal, sed multum. Die beantragten Kreisfiskusinspektoren werden wir bewilligen. Pflicht der Regierung aber bleibt, auch für die Ausbildung geeigneter Schulpflichter zu Kreisfiskusinspektoren zu sorgen. Den Antrag Gieshoff bitten wir der Unterrichtsminister zu überweisen.

Abg. D. Gadenberg (nll.): Ich kann der Unterrichtsverwaltung unsere volle Anerkennung ausdrücken, daß sie in der Verbesserungswilligkeit in früheren Zeiten nicht solche Sparmaßregeln wählten läßt. Ich verzie auch heute wieder für die Erziehung von Lehrerinnen in der mittleren und kleinen Städten ein. (Beif. Zustimmung.) Warum laut man nur Internate? Die Erziehung in Internaten bietet doch allerdings Schwierigkeiten. Es fört auf die Einseitigkeit des Unterrichts. In den Lehrkörper der Seminare muß mehr Kontinuität gebracht werden. Für die Mittelstufe soll man endlich einen festen und geläufigen Lehrplan aufstellen. Den Lehrern muß die Gelegenheit zu einem sicheren Aussehen in ihrem Berufe gegeben werden, es ist kein erzieherischer Zustand, daß der Lehrer als Jubilar dieselbe Stellung einnimmt, die es als zwanzigjähriger erhalten hat. Was wir für die innere Erziehung unserer Lehrerbildung tun, das müssen wir für unsere Schule und damit für unsere ganzen Vaterland. (Beifall.)

Abg. Dr. Gieshoff (nll.) hat im Prinzip nichts gegen den Antrag v. Brandenburger einzuwenden. Die Volksschüler, die die Oberstufe nicht erreichen, haben das fört immer den vielen Schulverhältnissen zu verdrängen, die sie hinter sich haben. Besonders Unterrichtsminister Schwanitz haben wir für die Volksschule nicht aufpassen. Auf alle die hier vorgeschlagenen Anträge kann ich bei dieser Platz Stunde nicht eingehen; sie werden von uns reichlich geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Was die Differenzen der einzelnen Rede über die Volksschule angeht, so sind sie sicherlich nicht so groß, als es scheint. Die Vermehrung der Zahl der landlichen Volksschulen

schlechte... lassen wir uns längst angelegen sein. Wir haben die Zahl der Vollschullehrerinnen auf 100, die der Lehrerinne nur um 50 Prozent vermehrt. Die Erklärung des Abg. v. Meißel begriffe ich darunter, die Regierung wird sehr erfreut sein, wenn ihr die geforderten 10 hauptamtlichen Stellen inspektorenmäßig sämtlich bewilligt werden. In der Bürgerliste werden natürlich nur grümelnde Sachen verlangt. Dem Wunschplan der Wittelschulen scheint die Verwaltung die größte Unerschlichkeit. Es finden in der nächsten Woche noch Sachverständigenbesprechungen darüber statt. (Beifall.) Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

253. Sitzung vom 5. Mai, 3 Uhr.

Im Bundesratliche: Dr. Nierbering. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Satzung des Reiches für seine Beamten

in Falle von Verletzung der Amtspflicht derselben zum Nachtheil Dritter.

Staatssekretär Nierbering leitet die Beratung mit kurzen Ausführungen ein und erklärt darauf, daß die Vorlage einer vom Reichstage vor zwei Jahren beschlossenen Resolution entspräche.

Abg. Brunscher (Reichsp.) Eine entsprechende Regelung ist in den meisten Einzelstaaten schon erfolgt. Hier handelt es sich um die Regelung in Bezug auf die Beamten selbst angewiesen, was die Beschädigten nur auf die Beamten selbst angewiesen, und da war es vielfach für den Beschädigten unmöglich, oder doch erschwert, den betreffenden Beamten festzustellen, auch hätte der Beschädigte nicht immer die Sicherheit, selbst im Falle eines abgehenden Urteils zu seinem Rechte zu gelangen. Wir stimmen der Vorlage in ihren wesentlichen Grundzügen bei. Die Bestimmungen über die Beamten können vielfach entfallen hinsichtlich des § 5, der angibt, in welchen Fällen die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung finden. Aber in der Kommission werden wir uns über diese Bestimmungen der Satzung näher unterhalten können, auch wäre es wohl richtiger gewesen, die Bestimmungen der Satzung auf die Bundesbeamten für ihre Beamten zu regeln, da sonst doch eine große Ungleichheit in den Rechtsverhältnissen eintreten kann. Meine Freunde werden sich nicht ableiten lassen, auf eine solche reichsrechtliche Regelung hinzuwirken. Man sagt, es würden dem Beispiel Preussens alle anderen Staaten nachzuziehen, was nicht ohne Begründung, daß alle Staaten dies tun. Richtig ist das in Bezug auf Mecklenburg zweifelhaft.

Abg. Ewald (Ztr.) im einzelnen unverständlich, äußert einige Bedenken, deren Prüfung er der Kommission anheimgibt. Abg. Brunscher (Reichsp.) Wir wünschen eine möglichst niedrige Berücksichtigung der Vorlage, sind aber mit einer Verweigerung derselben an eine Kommission einverstanden. Dem Wunsche nach einer weiteren Ausdehnung des Gesetzes, den der Abg. Jung Ausdruck gegeben hat, können wir uns nicht anschließen.

Abg. Götting (Reichsp.) Den Zweck der Vorlage billigen wir. Wir halten es auch für wünschenswert, daß bei Verletzung der Beamten der Beschädigte sich nicht an den Beamten zu halten soll, sondern an das Reich. Den Wunsch des Abg. Jung für eine Ausdehnung der Vorlage auf alle Einzelstaaten im Interesse einer einheitlichen Regelung der Amtspflicht teilen auch wir.

Abg. Meißel (Reichsp.) erklärt es im Gegensatz zum Vorschreiner und zum Abg. Jung für richtig, daß das Gesetz sich auf die Reichsbeamten beschränkt.

Abg. Stabthagen (Soz.) tritt lebhaft für Ausdehnung des Gesetzes im Sinne der Jung'schen Forderung ein.

Die Vorlage geht an die Justizkommission.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes.

Veränderung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Eine Generaldebatte findet nicht statt.

Reim übernimmt, der die Justizprozedur betrifft, beantragt.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) eine Veränderung des § 115 dahin, daß beim Verneinung auch ein Rechtsanwaltschaft gewährt werden soll, wenn es sich um einen Streitgegenstand von mehr als 300 Mark handelt und die Gegenpartei durch einen Anwalt vertreten ist. Falls nicht es sich um einen Streitgegenstand von mehr als 300 Mark handelt, der armen Partei ein Anwalt gegeben werden, so muß derselbe auf ihren Antrag ein Justizbeamter, der nicht als Richter angestellt ist, oder ein Rechtsanwältiger, der die vorgeschriebene erste Prüfung für den Justizdienst bestanden hat, beigeordnet werden. Im Interesse der Armen müsse diese Erweiterung des Armenrechts geschaffen werden.

Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Dr. Nierbering bittet, den Antrag abzulehnen. Er sehe im Widerspruch mit der ganzen Tendenz der Vorlage, denn durch ihn würde das Gerichtsgewohnen, der armen Partei einen Anwalt zu stellen auch wenn das noch richtigerem Erfolge durchaus nicht angebracht sei. Dadurch würde die Prozedur verkompliziert und verzögert. Den Armen wird auch jetzt schon ihr Recht. Eine Verweigerung der Weichen und eine Benachteiligung der Armen findet nicht statt. Die geschäftsmäßigen Parteien sind schon jetzt vielfach ihre Anträge beim Gerichte selbst einzubringen. Dem Antrag wird nur eine neue Unmöglichkeit in der Sache hineinbringen und geradezu schädlich wirken.

Abg. Ewald (Ztr.) tritt für den Antrag ein.

Abg. v. Dismont (Soz.) spricht sich gleichfalls für den Antrag aus.

Staatssekretär Dr. Nierbering: Ich muß mich entschieden gegen den Antrag wehren, denn er nützt nichts, sondern schadet nur.

Abg. Dowe (Reichsp.) Auch wir sind gegen den Antrag. Er hat praktisch keinen Wert. Wenn ein Anwalt notwendig ist, ist das die bisherige Prozedur genug Grund, ihn sich zu verschaffen.

Abg. Meißel (Reichsp.) Der Antrag ist ganz prinzipiell. Man kann doch nicht für die Wohlhabenden den Anwaltszwang in gewissen Maße abschaffen und ihn für die Armenparteien einführen. Der Antrag ist gar nicht durchführbar.

Abg. Götting (Reichsp.) Der Anwaltszwang ist keine Rede. Der Antrag kommt aus warmem Herzen, nicht aus einem Intresse oder einer Eitelkeitsdämpe.

Abg. Meißel (Reichsp.) Der Antrag ist schon mehrmals abgelehnt worden; bleiben wir bei dieser Praxis. Nierbering bittet, die in der zweiten Lesung angenommene Bestimmung über die Anwaltszwang nicht anzuwenden, sondern die Bestimmung über die Anwaltszwang aufzugeben. Nierbering erklärt, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat.

Abg. Meißel (Reichsp.) Der Antrag ist schon mehrmals abgelehnt worden; bleiben wir bei dieser Praxis. Nierbering bittet, die in der zweiten Lesung angenommene Bestimmung über die Anwaltszwang nicht anzuwenden, sondern die Bestimmung über die Anwaltszwang aufzugeben. Nierbering erklärt, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat.

Abg. Meißel (Reichsp.) Der Antrag ist schon mehrmals abgelehnt worden; bleiben wir bei dieser Praxis. Nierbering bittet, die in der zweiten Lesung angenommene Bestimmung über die Anwaltszwang nicht anzuwenden, sondern die Bestimmung über die Anwaltszwang aufzugeben. Nierbering erklärt, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat.

Abg. Meißel (Reichsp.) Der Antrag ist schon mehrmals abgelehnt worden; bleiben wir bei dieser Praxis. Nierbering bittet, die in der zweiten Lesung angenommene Bestimmung über die Anwaltszwang nicht anzuwenden, sondern die Bestimmung über die Anwaltszwang aufzugeben. Nierbering erklärt, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat.

Abg. Meißel (Reichsp.) Der Antrag ist schon mehrmals abgelehnt worden; bleiben wir bei dieser Praxis. Nierbering bittet, die in der zweiten Lesung angenommene Bestimmung über die Anwaltszwang nicht anzuwenden, sondern die Bestimmung über die Anwaltszwang aufzugeben. Nierbering erklärt, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat, daß die Regierung keine Bedenken gegen den Antrag hat.

Das Gesetz über die Sicherung der Vorbedingungen wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung in dritter Lesung angenommen.

Das Haus verlegt sich bis Donnerstag 2 Uhr: Antrag Sped über die Wahlen zum Reichstage.

Präsident Graf Stolberg erwidert und erhält die Ermächtigung, dem Kronprinzen zu seinem morgigen Geburtstag die Glückwünsche des Hauses darbringen zu dürfen. Schluß: 7 1/2 Uhr.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Ministerpräsident Dr. Beckers begab sich Mittwoch vormittag 10 Uhr in die Budapest'er Hofburg, wo er vom König in fünfviertelstündiger Audienz empfangen wurde.

Statten. Ein französisches Blatt behauptet, die italienische Regierung beabsichtige, in Beantwortung der österreichischen Mitteilungen den Bau von neun bis zehn Dreadnoughts vorzunehmen.

Frankreich. Blättermeldungen zufolge hat Minister Barthou die anderen Minister ersucht, alle das Post- und Telegraphenwesen betreffenden Schriftstücke in Zukunft nicht mehr an das Unterrichtsministerium der Posten und Telegraphen, sondern direkt an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu richten. — Der Hauptausfluß der Elga für Mensch und Vieh, deren Obmann der sozialistische Deputierte Dr. Pressat ist, erholte kürzlich Einspruch gegen die von der Regierung beschlossene Verhaftung der Besatzmannen.

Ein der radikalsten Partei angehöriges Mitglied des Marineuntersuchungsausschusses sprach sich zu einem Mitarbeiter der „Aberde“ sehr abfällig über die gegen die österreichische Schweißergewerkschaft angeordnete strafgerichtliche Verfolgung aus. Der Ausschuss werde von Mitgliedern der Regierung alle beschuldigten Schweißergewerkschaften, um auch über die Angelegenheit volle Klarheit zu bekommen. Schon jetzt aber könne man sagen, daß die Folgen der von der Regierung so leichtsinig und ohne jeden Grund getroffenen Maßnahmen für die französische Industrie unberechenbar seien. Es hätten bereits mehrere fremde Staaten, darunter Spanien, Portugal und Italien, welche in Frankreich die gleiche Verhältnisse besteht, diese Verordnungen zurückgezogen.

König Edward ist Mittwoch abend in Paris eingetroffen.

Schweden. In der Ersten und Zweiten Kammer fanden am Mittwoch die an die Königin aus Anlaß der Geburt der Kronprinzessin abzulebenden Glückwünsche an der Tagesordnung und fanden Annahme. In der Ersten Kammer erfolgte der Annahmefußel noch früher, in der Zweiten Kammer ohne Debatte. An der Sitzung der Zweiten Kammer nahmen die Sozialisten nicht teil. — Später erfuhren wir noch aus dem Saal 5. Mai: Bei der jungen Prinzessin Juliana haben Patenstelle übernommen: die Königin-Mutter der Niederlande, die Großherzogin von Baden, die Großherzogin-Witwe Marie von Mecklenburg-Schwerin (Mutter des Prinzen Heinrich), die Prinzessin Mutter zu Wied, die Prinzessin Elisabeth von Schwarzburg-Rudolstadt (Großmutter des Prinzen Heinrich), die Prinzessin Erba von Schönburg (jüngere Schwester der Königin-Mutter, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin, Regent von Braunschweig) und Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin.

Rußland. Das Gnabengeschäft für General Stössel ist vom Jaren abgelehnt worden.

Aus der Türkei. Das neue Kabinett ist gebildet und folgenbereits zusammengekehrt: Nisli Pascha, Großvezir; Cahit Pascha, Edschir Ali Pascha; Amneres, Nisli Pascha, Marine; der bisherige Vizepräsident der Kammer, Nisli Pascha, Akeron; der bisherige Vizepräsident in Rom, Saffi Bey, ist das Justizportefeuille angeboten; das Unterrichtsportefeuille erhielt der jugendliche Deputierte von Samium, Kall. Die übrigen Minister und der Präsident des Staatsrats bleiben im Amte. — Die Nachricht von der Ernennung des früheren Korpskommandanten in Konstantinopel, Mahmut Ullular, zum Kommandanten des Adrianopoler Korps wird bemerkt. — In der Republikanischen Kammer teilte der Präsident ein Schreiben des Generalissimus Schabanoff an die Deputierten mit, worin die Unterdrückung ergehen habe, daß die in Albanien sich befindlichen Janak Kemal und Musliu, beide Mitglieder der liberalen Union, geplant haben, einen Aufstand in Albanien herbeizuführen. Schwelert ersuchte die Kammer, einen Beschluß darüber zu fassen, ob die beiden Deputierten verfolgt werden können. Die Kammer überwiegt die Unzulässigkeit einer Kommission. Der Präsident gab ferner bekannt, daß der Großvezir auf Eruchen Schwelert Paschas die Kammer aufzufordere, ein Vergeßrecht und ein Streikrecht fertigzustellen, da der Verlagerungsstand nicht eher aufgehoben werden könne. Der Großvezir teilte außerdem mit, daß in Albanien der Aufstand die Verfassung vor dem Zerfall nach der Ertüchtigung abgeben. Seltan sagte die Kammer die Beratung der Verfassungsrevision fort.

Perlen. 250 Nationalisten aus Meist sind am Dienstag plötzlich in Kasmin eingedrungen und haben das Gouvernement angegriffen. Die Garnison leistete bis zum Einbruch der Dämmerung Widerstand, worauf die Feindebelagerten eingestiegen wurden. Von den Truppen des Schah wurden 20 getötet, 100 ergraben sich. Die Nationalisten hatten 3 Tote. — Sie erwarteten am Mittwoch Verhaftungen aus Meist.

Nach einer späteren Drahtnachricht aus Tabris wurde der Einbruch am Mittwoch telegraphisch von der Regierung der Konstitution in Kenntnis gesetzt. Zum ersten Male seit zwei Jahren wurde in Tabris ein Aufstand gegen die Regierung ausbrach, worin die Stadt Meist wurde Salut geschossen, abends war die Stadt illuminiert.

Großbritannien. Die jetzt in England befindlichen deutschen Arbeiter Delegierten beendeten Mittwoch nachmittag das Unterhaus und hörten auf der öffentlichen Galerie den Verhandlungen zu. Auf eine Anfrage Marjans Jones, ob die Amiralität der zwölf Monaten von dem britischen Reichsamtgebot in Berlin ausbreitend darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß die deutschen Behörden Vorberichtigungen täten, um die Ausfüßung des Marineprogramms zu beschleunigen, und daß die Sirma Krupp im Begriff stände, ihre Werke erheblich zu vergrößern, erwiderte der erste Lord der Amiralität Mr. Kenna, die Berichte der Marineamtgebot seien vertraulich und es sei nicht wünschenswert, sie vorzulegen oder ihren Inhalt wiederzugeben. Kenna erklärte, daß die Amiralität keine Kenntnis habe, ob die deutsche Regierung sich des Auftrags sei, die Amiralität des Reiches auf die Anwesenheit der deutschen Besucher und folgte Mr. Kenna, ob er wüßte, daß gureit auf der Galerie sich eine Deputation deutscher Arbeiter befände, die gekommen seien, um die Freundlichkeit der Volksparteien beider Länder zu bezeugen. Kenna wußte, der Sprecher ein und erklärte, daß die Frage ganz belanglos sei.

Castro und Venezuela. Aus Paris geht uns die Meldung an, daß der venezolanische Vertreter Dr. Paul von Werber Regierung den Antrag erhalten habe, die Nachricht, daß in

Venezuela eine Erhebung zugunsten Carlos Lopez stehe, als unrichtig zu bezeichnen; im ganzen Lande herrsche vollste Ruhe.

Die Luftschiffahrt.

Reichstagsabgeordnete und Luftschiffahrt. Am Mittwoch bestiegen, wie schon geftern zur Gemeldet, etwa 250 Mitglieber des Reichstages, an der Spitze das Reichstagsabgeordnete unter Führung von Major Groß den Motorballon „Groß II“ auf dem Barflohballon und den Gersdorffsballon, in welchem auch einer der Reichstagsabgeordneten, in welchem auch ein Mitglied wegen konnte der Motorballon „Groß II“ etwa achtzig Meter aufsteigen und mußte nach sieben Minuten wieder landen. Auch von einem Aufstieg des Barflohballons mußte des Sturmes wegen Abstand genommen werden.

Dauerhaft der „Zepplin II“ nach Berlin. Der „Schwäbische Anzeiger“ meldet, Graf Zeppelin sei am Mittwoch nach Berlin angetreten. Das neue Schiff soll nach dem Pfingsten nach Berlin gebracht werden. — Aus Friedrichshagen wird einem Stuttgarter Blatt dazu gemeldet: Die Fertigstellung des Luftschiffs „Z II“, was im zweiten Drittel dieses Monats der Fall sein dürfte, beginnen die Probefahrten. Nach deren Beendigung leitens der Zeppelin-Gesellschaft wird das Reich das Luftschiff übernehmen, und ebenfalls Probefahrten ausführen lassen, genau wie bei „Z I“. Da dieses Luftschiff sich aber sowohl in Größe wie in seinen sonstigen Einrichtungen weitgehend von dem Luftschiff „Z I“ unterscheidet, bilden die Fahrten des Luftschiffes „Z II“ gleichzeitige auch Fahrten zur Vertrautheit, was wieder eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Es kann heute noch nicht bestimmt werden, wann das Militärkommando mit den Fahrten beginnen wird, nicht die Zeppelin-Gesellschaft noch nicht einmal sagen kann, wann sie mit dem Luftschiff erstmalig aufsteigen wird, und gar nicht sagen kann, wann die Probefahrten abgeschlossen sein werden.

Die Luftschiffahrt in England. Im englischen Unterhaus erklärte in Beantwortung einer Anfrage der Reichstagsabgeordnete A. Squitt, die Regierung habe Schritte unternommen, um die Luftschiffahrt auf einen zufriedenstellenden Stand zu bringen. Obwohl das Meer wie die Flotte hätten es sich nur schwer gemacht, die Luftschiffahrt zu unterhalten, so seien die Luftschiffahrt in England in der letzten Zeit auf dem besten Stande. Ein Kriegsministerium erhalte eine Luftschiffahrt in der Form eines Luftschiffes. Im dem Werke die höchste wissenschaftliche Unternehmung zu sichern, sei das staatliche wissenschaftliche Laboratorium angewiesen worden, eine besondere Abteilung für fortgeschrittene Experimente und Forschungen über die einflussreichsten Fragen einzurichten. Zur Beschäftigung der Personellen des Laboratoriums habe er ein besonderes Komitee ernannt, dem Lord Rayleigh und andere hervorragende Männer der Wissenschaft angehören. Die notwendigen Mittel seien diesem Komitee zur Verfügung gestellt, damit das Werk ohne Aufschub angefangen werde. Die Verköpplung werde vom Kriegsministerium beauftragt. Später wird nach dem Stande der Fortschritte am Mittwoch im Unterhaus von Parlamentariermitgliedern gehaltenen Besprechung wurde eine ständige Kommission von 12 Mitgliedern ernannt, die die Regierung bei der Organisation der Luft-Verteidigungsmittel des Landes unterstützen soll.

Aus Nach und Fern.

Der Unfall mit dem Fernsprecher in Berlin, über den mehrfach berichtet wurde, ist jetzt in seinem ganzen Umfang aufgeklärt. Es sind über mehrere Tage beständig, insbesondere die Schüler Franz B. und Alfred Z. haben gefordert, ihre „Zeitung“ nicht nur am Montag, sondern auch am Dienstag veröffentlicht zu werden. Der Vizepräsident der Kammer, Nisli Pascha, Akeron; der bisherige Vizepräsident in Rom, Saffi Bey, ist das Justizportefeuille angeboten; das Unterrichtsportefeuille erhielt der jugendliche Deputierte von Samium, Kall. Die übrigen Minister und der Präsident des Staatsrats bleiben im Amte. — Die Nachricht von der Ernennung des früheren Korpskommandanten in Konstantinopel, Mahmut Ullular, zum Kommandanten des Adrianopoler Korps wird bemerkt. — In der Republikanischen Kammer teilte der Präsident ein Schreiben des Generalissimus Schabanoff an die Deputierten mit, worin die Unterdrückung ergehen habe, daß die in Albanien sich befindlichen Janak Kemal und Musliu, beide Mitglieder der liberalen Union, geplant haben, einen Aufstand in Albanien herbeizuführen. Schwelert ersuchte die Kammer, einen Beschluß darüber zu fassen, ob die beiden Deputierten verfolgt werden können. Die Kammer überwiegt die Unzulässigkeit einer Kommission. Der Präsident gab ferner bekannt, daß der Großvezir auf Eruchen Schwelert Paschas die Kammer aufzufordere, ein Vergeßrecht und ein Streikrecht fertigzustellen, da der Verlagerungsstand nicht eher aufgehoben werden könne. Der Großvezir teilte außerdem mit, daß in Albanien der Aufstand die Verfassung vor dem Zerfall nach der Ertüchtigung abgeben. Seltan sagte die Kammer die Beratung der Verfassungsrevision fort.

Perlen. 250 Nationalisten aus Meist sind am Dienstag plötzlich in Kasmin eingedrungen und haben das Gouvernement angegriffen. Die Garnison leistete bis zum Einbruch der Dämmerung Widerstand, worauf die Feindebelagerten eingestiegen wurden. Von den Truppen des Schah wurden 20 getötet, 100 ergraben sich. Die Nationalisten hatten 3 Tote. — Sie erwarteten am Mittwoch Verhaftungen aus Meist.

Nach einer späteren Drahtnachricht aus Tabris wurde der Einbruch am Mittwoch telegraphisch von der Regierung der Konstitution in Kenntnis gesetzt. Zum ersten Male seit zwei Jahren wurde in Tabris ein Aufstand gegen die Regierung ausbrach, worin die Stadt Meist wurde Salut geschossen, abends war die Stadt illuminiert.

Großbritannien. Die jetzt in England befindlichen deutschen Arbeiter Delegierten beendeten Mittwoch nachmittag das Unterhaus und hörten auf der öffentlichen Galerie den Verhandlungen zu. Auf eine Anfrage Marjans Jones, ob die Amiralität der zwölf Monaten von dem britischen Reichsamtgebot in Berlin ausbreitend darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß die deutschen Behörden Vorberichtigungen täten, um die Ausfüßung des Marineprogramms zu beschleunigen, und daß die Sirma Krupp im Begriff stände, ihre Werke erheblich zu vergrößern, erwiderte der erste Lord der Amiralität Mr. Kenna, die Berichte der Marineamtgebot seien vertraulich und es sei nicht wünschenswert, sie vorzulegen oder ihren Inhalt wiederzugeben. Kenna erklärte, daß die Amiralität keine Kenntnis habe, ob die deutsche Regierung sich des Auftrags sei, die Amiralität des Reiches auf die Anwesenheit der deutschen Besucher und folgte Mr. Kenna, ob er wüßte, daß gureit auf der Galerie sich eine Deputation deutscher Arbeiter befände, die gekommen seien, um die Freundlichkeit der Volksparteien beider Länder zu bezeugen. Kenna wußte, der Sprecher ein und erklärte, daß die Frage ganz belanglos sei.

Castro und Venezuela. Aus Paris geht uns die Meldung an, daß der venezolanische Vertreter Dr. Paul von Werber Regierung den Antrag erhalten habe, die Nachricht, daß in

Castro und Venezuela. Aus Paris geht uns die Meldung an, daß der venezolanische Vertreter Dr. Paul von Werber Regierung den Antrag erhalten habe, die Nachricht, daß in

